



© BilderBox.com

Die Region schwächelt

Großraum Hamburg hat im Vergleich Nachholbedarf

Die Nachricht ist alarmierend: Im Vergleich der Metropolregionen ist der Großraum Hamburg zurückgefallen. Ob nun die Hansestadt oder die dazugehörigen Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein oder Niedersachsen, die Metropolregion war viele Jahre beinahe eine Garantie für Wirtschaftswachstum und überdurchschnittliche Zukunftschancen. Jetzt über die verzögerte Elbvertiefung zu jammern, ist zwar wohlfeil aber greift zu kurz. Die Metropolregion ist der norddeutsche Jobmotor schlechthin, wenn hier eine Grippe ausbricht, droht allen beteiligten Ländern eine schwerere Erkrankung. Ähnlich wie für Volkswagen in Wolfsburg gilt: Wenn der Motor nicht rund läuft, ist dies ein Alarmsignal.

Basis der Aufregung ist eine neue Studie der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ludger Schuhknecht wurde bei Vorstellung der Studie deutlich. Seine Aufforderung, „in höheren Kategorien zu denken“, kann man getrost als Anstoß dafür betrachten, in Norddeutschland über eine Zusammenlegung von Bundesländern oder doch mindestens über eine deutlich intensivere Zusammenarbeit nachzudenken.

Die Autoren werden deutlich: Dass die Metropolregion im Vergleich zu anderen Ballungsräumen zurückfalle, habe auch damit zu tun, dass der Wettbewerb zu häufig auf der lokalen Ebene geführt wird, statt sich mit nationaler und internationaler Konkurrenz auseinander zu setzen.

Zentraler Kritikpunkt der Studie ist die vergleichsweise schlechte Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Metropolregion mit ihren über fünf Millionen Einwohnern im Vergleich zu den anderen Boomregionen.

Zurückgeführt wird das in der Studie auf ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau der Beschäftigten und dem Mangel an herausragenden Universitäten. Und die Autoren rechnen auch mit gespitzter Feder vor, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung hinter der Mehrzahl der verglichenen Metropolregionen zurück geblieben sind. Einer der genannten Gründe ist die deutlich größere Zahl großer Konzerne im Süden Deutschlands. Aber es sind auch Punkte wie eine übergreifende Strategie für den Wohnungsbau oder eine bessere Verkehrsinfrastruktur, die angemahnt werden.

Im Nord-Kurier lesen Sie:



Mecklenburg-Vorpommern: Ein Turm in Anklam soll Fernsicht ermöglichen und das wird teuer werden **S. 2**



Hamburg: Eine neue Brücke soll her, obwohl es auf beiden Seiten Brücken gibt. Ein Fall mehr fürs Schwarzbuch auf **S. 3**



Kiel: Prof. Gabriel Felbermayr, Chef des Instituts für Weltwirtschaft, setzt auf den Preis zur Klimarettung **S. 5**

Der Norden im Schwarzbuch

Beispiele (meist für Pfusch) aus unseren Bundesländern

Das Desaster um die Sanierung des Autotunnels unter dem Nord-Ostsee-Kanal in Rendsburg nimmt kein Ende: Zwar werden Ende Januar 2020 alle vier Spuren für den Autoverkehr geöffnet, jedoch nur kurzfristig. Weitere Sperrungen für insgesamt sechs Monate sind geplant.

Neue Tribüne aus Vereinsmitteln

Nach dem Aufstieg in die 2. Fußballbundesliga musste das Stadion von Holstein Kiel ausgebaut werden. Nachdem zunächst rund 8,7 Mio. Euro aus Steuermitteln für eine neue Tribüne vorgesehen waren, hat der Verein jetzt die Osttribüne aus Eigenmitteln finanziert.

Experiment Begegnungszone

Blaue Punkte auf der Fahrbahn kennzeichneten in Flensburg die Begegnungszone von Fußgängern und Autofahrern. Vorfahrtsregeln gab es nicht, die Verkehrsteilnehmer sollten sich mit gegenseitigem Respekt auf Augenhöhe begegnen. Doch bereits nach drei Monaten wurde der Ver-

such wieder aufgegeben und die Ampel wieder eingeschaltet. Kosten für das missglückte Experiment: 8.400 Euro.

Infozentrum auf rutschigen Pfaden

Das Multimar Wattforum in Tönning ist ein gut besuchter Touristenmagnet. Um die Attraktivität weiter zu steigern, will man jetzt auch lebende Säugetiere präsentieren und plant eine Fischotter-Anlage mit Freigehege. Die geplanten Kosten sind auf mittlerweile mehr als 7 Mio. Euro geklettert. Es ist zu befürchten, dass der Zuschussbedarf für das Infozentrum deutlich steigen wird.

„Hein Schönberg“ wird immer teurer

Schleswig-Holsteins Landesregierung will die 1981 stillgelegte, 26 km lange Eisenbahnstrecke von Kiel zum Schönberger Strand reaktivieren. Geplant waren für die Sanierung des Bahnkörpers Kosten von 30 Mio. Euro – jetzt werden es mindestens 50 Mio. Euro. Nach einem neuen Gutachten soll das Projekt dennoch wirtschaftlich sein.

Gold-Zertifizierung für neues Rathaus

Für das neue Rathaus in Elmshorn gibt es noch keine Detailplanung, auch eine konkretisierte Kostenschätzung fehlt noch. Doch eines wissen die Kommunalpolitiker bereits: Ihr neues Rathaus soll nach den Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen eine Gold-Zertifizierung erhalten. Kosten: 72.000 Euro.

Gendergerechte Sprache in Kiel

50.000 Euro lässt sich die Landeshauptstadt Kiel ein Gesamtkonzept zur Einführung einer gendergerechten Sprache kosten. Alle Schreiben, Vordrucke, Formulare und Veröffentlichungen sollen geschlechtergerecht formuliert werden. Dabei gibt es längst entsprechende Handreichungen und Leitfäden!

Bildungsreise nach Kanada

Der Bildungsausschuss des Landtags wollte sich neue Anregungen für das Schulsystem



in Schleswig-Holstein holen. Dafür flogen zehn Mitglieder und der Ausschussgeschäftsführer auf Kosten der Steuerzahler für eine Woche nach Toronto in Kanada, weil das dortige Bildungssystem ein Vorbild für die Heimat sein könnte. Der Ausflug kostete 35.000 Euro.

Investitionen in eine Sackgasse?

Unter dem Titel „E-Highway“ werden vom Bundesumweltministerium auf drei Versuchsstrecken neuartige Hybridlastwagen getestet. Dazu wurde auch bei Lübeck eine fünf Kilometer lange Autobahnstrecke mit Oberleitungen versehen. Doch trotz der Gesamtkosten dieses Teilprojektes von über 19 Millionen Euro gibt es keine Perspektive, dass sich die Technologie auf dem Markt durchsetzen könnte.

Neue Schleuse – für 830 Mio. Euro

Die neue Schleuse für den Nord-Ostsee-Kanal in Brunsbüttel wird mindestens 830 Mio. Euro kosten und frühestens 2024 fertig sein. Ursprünglich war mit der Fertigstellung im Jahr 2020 und Kosten in Höhe von 540 Mio. Euro gerechnet worden.

IKAREUM: Prunkbau

Der höchste Aussichtspunkt in Vorpommern könnte künftig das IKAREUM – Lilienthal Flight Museum in Anklam sein. Bei schönem Wetter sollen die Besucher aus 80 m Höhe bis nach Usedom und weiter sehen können: „Schau mal, dort steht unser Strandkorb!“ Doch wer hoch hinaus will, kann auch tief fallen. Das Millionenprojekt bräuchte jährlich 62.390 Besucher, um wirtschaftlich zu sein. Nicht nur davon ist man in Anklam heute noch weit entfernt.



Anklam: Ein hoher Turm, der teuer zu stehen kommen könnte



Hamburg: Eine teure neue Brücke soll her, obwohl es in der Nähe Brücken gibt



Kiel: Der Fußballverein Holstein Kiel baute eine neue Tribüne ohne Steuergelder

„Gorch Fock“ wird weitergebaut

Die Verhältnisse rund um die Sanierung des Segelschiffs „Gorch Fock“ werden immer dubioser. Von einer Aufklärung der Vorwürfe kann noch keine Rede sein, dennoch hat die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Fortführung der Sanierungsarbeiten für bis zu 135 Mio. Euro genehmigt. Dazu wurde das Schiff jetzt in eine andere Werft verlegt.

613.000 Euro für Werbeschreiben?

Das Kraftfahrt-Bundesamt hat für Wirbel gesorgt: Es schrieb rund 1,5 Mio. Halter an, deren Dieselfahrzeuge nicht der neuesten Abgasnorm entsprachen, und machte auf Umtauschaktionen ausgewählter Fahrzeughersteller aufmerksam. Das Amt sah sich daraufhin mit dem Vorwurf der Werbung für bestimmte Automobilhersteller und der Steuergeldverschwendung konfrontiert.

CCH – Teure Dauerbaustelle

Seit 2016 wird das 1973 eröffnete Congress Center Hamburg saniert. Die Arbeiten wurden als erster Härtetest nach der Kostenexplosion beim Bau der Elbphilharmonie ausgerufen – und die Stadt ist gescheitert. Zu den ursprünglich angedachten 194 Mio. Euro sind mittlerweile 36,2 Mio. Euro hinzugekommen. Die Gründe? Unter anderem muss die erst 2007 fertiggestellte Fassade des Bauteils West wegen Baupfusch schon heute saniert werden. Zudem wurde im Bauteil Ost Asbest entdeckt. Bei einem Gebäude aus den 70er Jahren eine wahre Überraschung...

Teure Korrektur eines Slalom-Parcours

Im Hamburger Mellenbergweg wurden im Jahr 2017 wegen regelmäßiger Geschwindigkeitsüberschreitungen sechs Verkehrs-

inseln links-rechts-wechselnd installiert – auf nur 200 Metern. Die Kosten: 20.000 Euro. Das Problem: Während die Radfahrer zwischen den Verkehrsinseln und dem Straßenrand einfach geradeaus fahren konnten, mussten die Autofahrer die Neuinstallationen in einem engen Slalom-Parcours passieren und kamen sich dabei oft mit dem radelnden Volk in die Quere. Die Politik reagierte und ließ den Parcours im vergangenen Jahr entschärfen. Die Kosten für die neuerlichen Maßnahmen: 40.000 Euro. Somit hat der Umbau doppelt so viel gekostet wie die Einrichtung der eigentlichen Maßnahme.

Schildbürgerstreich mit Bagger

Was sich seit Jahren im Hamburger Hafen abspielt, ist ein wahrer Schildbürgerstreich. Um eine Mindesttiefe des Hafens sicherzustellen, wird Schlick ausgebagert – um diesen dann teilweise nur wenige Kilometer entfernt wieder in die Elbe zu kippen. Dieser kommt dann mit der Flut wieder zurück und muss wieder ausgebagert werden. Aber immerhin konnten in den vergangenen Jahren die Mengen dieser Kreislaufbaggerung reduziert werden. Kostete sie 2015 noch 13 Mio. Euro, waren es 2018 „nur“ noch 5,4 Mio. Euro.

Teure Fahrradzählsäulen

Im Jahr 2014 hatte das Bezirksamt Hamburg-Mitte an der Außenalster die erste Fahrradzählsäule der Stadt installiert. Die Kosten für Erwerb und Installation lagen bei 31.384,39 Euro. Sechs weitere dieser Marketing-Gags sollten folgen. Der Bund der Steuerzahler leistete Widerstand und hakte immer wieder nach – mit Erfolg! Die Verkehrsbehörde teilte im Frühjahr mit: „Die Pläne für weitere oberirdische Zähl-säulen sind vom Tisch.“

Darf es eine Brücke mehr sein?

In Hamburg soll die durch den Osterbekkanal in einen nördlichen und einen südlichen Abschnitt geteilte Maurienstraße durch eine Fußgänger- und Fahrradbrücke verbunden werden – obwohl in 100 Metern östlich und in 200 Metern westlich bereits zwei Brücken vorhanden sind. Geplante Kosten: 1,85 Mio. Euro – „Voraussichtlich“, wie die Pressestelle des zuständigen Bezirksamts Hamburg-Nord auf BdSt-Anfrage ausdrücklich betont. Doch es hat sich bereits Widerstand gegen die Brückenpläne formiert. Nicht nur Bezirkspolitiker, auch die wenigen Anwohner, die im Umfeld der geplanten Maurienbrücke wohnen und mittlerweile sogar Unterschriften gegen den Brückenbau sammeln, sehen die Notwendigkeit der Überquerung nicht.

Viel Geld für ein Heimatlied

„Wo man singt, da lass‘ dich nieder, böse Menschen haben keine Lieder“ – so ähnlich wurde wohl bei dem Landesprogramm „Meine Heimat – mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“ gedacht, als „die Prüfung der Einführung einer Hymne für alle Mecklenburger und Vorpommern“ im Landtag beschlossen wurde. Mit einem teuren Wettbewerb wurde ein neues deutsches Liedgut gefunden, dass das gesetzte Ziel nicht zu erreichen scheint.

Wohlfühl-Fonds

Was passiert, wenn die etablierten Parteien in einer Region viele Wählerstimmen verlieren? Die Regierung verteilt Geld. Seit zwei Jahren gibt es den „Vorpommern-Fonds“: Er stellt pro Jahr 2 Mio. Euro zur Verfügung, die im östlichen Landesteil frei nach dem Motto „Wer will nochmal, wer hat noch nicht?“ verteilt werden.

Gegeneinander vermeiden

Klimaschutz und öffentliche Finanzen im Blick behalten

Klimaschutz und solide öffentliche Finanzen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Denn künftige Generationen sind auf finanziell leistungsfähige öffentliche Haushalte angewiesen, um sich eine klimaneutrale Politik leisten zu können. Das ist die Kernbotschaft einer Resolution, die die 53. ordentliche Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein in Kiel einstimmig beschlossen hat (siehe Kasten rechts).

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde Dr. Aloys Altmann aus Strande für weitere drei Jahre zum Präsidenten des Landesverbandes gewählt. Auch die Vorstandsmitglieder Dr. Dieter Kopplin aus Schönberg und Dr. Olaf Bastian aus Schönkirchen wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Auch im Verwaltungsrat gab es Wiederwahlen: Detlef Behrens aus Rantzaufelde als Verwaltungsratsvorsitzender sowie die stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende Annelie Braumann aus Kiel wurden ebenso bestätigt wie die Verwaltungsratsmitglieder Monika Horstmann aus Lauenburg und Klaus Lukait aus Klausdorf/Schwentine.



Aloys Altmann
bleibt Chef des
Steuerzahler-
bundes im
Norden

Die anschließende öffentliche Vortragsveranstaltung steht unter dem Titel „CO₂-Preis: Ansätze für eine faire und effektive Klimapolitik“. Nach Grußworten von Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, und Reiner Holzengel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, hielt Professor Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, den Hauptvortrag. (siehe Artikel auf der nächsten Seite)

Resolution: Deutschland wird absehbar seine politisch entschiedenen Klimaschutzziele nicht erreichen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit müssen der Maßstab sein. Dabei dürfen Klimaschutz und öffentliche Finanzen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

1. Ein geeignetes Instrument zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist ein umfassendes Emissionshandelssystem, das auf möglichst viele Sektoren und Regionen in der Welt ausgeweitet wird.
2. Die Erlöse aus dem Emissionsrechtshandel sind an die Bürger zurückzuführen, um ihnen die finanziellen Möglichkeiten zur Anpassung an neue Technologien zu geben. Dabei müssen Härtefallregelungen soziale Unwuchten ausgleichen.
3. Das Steuersystem und die öffentlichen Subventionen sind von allen CO₂-bezogenen Anteilen zu befreien, weil sich diese als unwirksam erwiesen haben.
4. Die gesellschaftliche Erungenschaft einer Verfassungsgrenze für die Neuverschuldung darf nicht vermeintlichen Klimaschutzinvestitionen geopfert werden! Im Gegenteil: Zur Sicherstellung eines nachhaltigen Klimaschutzes brauchen künftige Generationen öffentliche Haushalte ohne erdrosselnde Altschuldenbelastung.

„Kiwog“ soll es in Kiel richten

Gründung wirft mehr Fragen als Antworten auf

Mit großer Mehrheit hat die Kieler Ratsversammlung die Gründung der Kieler Wohnungsgesellschaft (Kiwog) beschlossen. Sie soll für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Doch wie man die Marktverhältnisse verändern will, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Die Ziele klingen einfach und einleuchtend: Die neue Gesellschaft, gegen die nur die CDU gestimmt hatte, soll Wohngebäude auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Kiel zu Mietzwecken errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften und verwalten. Unstrittig ist auch, dass es im Stadtgebiet zu wenig bezahlbaren Wohnraum für Familien und Alleinstehende gibt. Doch fehlt es wirklich an potenziellen Investoren, die solche Woh-

nungen errichten, und kann die Stadt durch eigene Aktivitäten das Problem lösen?

Privatvermieter, Baugesellschaften und gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften berichten von ganz anderen Problemen in Kiel: Kapital und Bauwille sei ausreichend vorhanden. Es fehle jedoch an geeigneten Grundstücken, um kostengünstige Wohnungen anbieten zu können. Dort, wo gebaut werden soll, hapert es oft an langatmigen Genehmigungsverfahren. Zudem sei die Baukonjunktur derzeit vollkommen überhitzt, die Baupreise sind in die Höhe geschossen. All diese Probleme wird eine städtische Wohnungsbaugesellschaft nicht lösen können. Ganz im Gegenteil: Wenn es einen zusätzlichen Interessenten gibt, der

sich um die zu knappe Baufläche bemüht und die ohnehin zu knappen Ressourcen bei Genehmigungsbehörden und Baufirmen in Anspruch nehmen will, dann führt die zusätzliche Konkurrenz nur zu einer Kostensteigerung, mehr gebaut wird dadurch noch lange nicht! Wenn die Stadt das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erhöhen will, muss sie Flächen zur Verfügung stellen und schnell die notwendigen Baugenehmigungen ohne komplizierte Auflagen erteilen. Selbst investieren muss sie dazu nicht.

Erfahrene Steuerzahler erinnern sich an das unrühmliche Ende der früheren Kieler Wohnungsbaugesellschaft (KWG) vor rund 20 Jahren: Ihr Wohnungsbestand war vollkommen heruntergewirtschaftet, die notwendigen Investitionen sind ausgeblieben und die Mieterstruktur war derart unvorteilhaft, dass seinerzeit die Ratsversammlung froh war, überhaupt einen Käufer zu finden, der es der Stadt ermöglichte, ohne Verlust die Gesellschaft abzustoßen.

Eine Preisbildung ist notwendig

Plädoyer für marktwirtschaftliche Lösung bei Vortragsveranstaltung

Wenn man den schädlichen CO₂-Ausstoß begrenzen will, muss man die Menge regulieren. Die Preisbildung sorgt dann automatisch für effiziente technische Lösungen. Das ist die Antwort der Umweltökonominnen auf die aktuellen klimapolitischen Fragestellungen. Die Zusammenhänge wurden von Professor Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (Foto), anschaulich und sympathisch auf der Vortragsveranstaltung des Bundes der Steuerzahler in Kiel erklärt.

„Um den Politikern Lösungen aufzuzeigen, wie der weltweite CO₂-Ausstoß effektiv reduziert werden kann, brauchen wir weder Greta Thunberg noch die Fridays for Future-Bewegung. Denn die Umweltökonomie verfügt über die notwendigen Lösungsansätze, und das bereits seit 1920“, klärte Felbermayr die Zuhörer gleich zu Beginn auf. Als Umweltökonom machte er aber auch klar, dass seine Wissenschaft weder Ziele noch Grenzwerte formuliere. Dafür müsse man sich auf die Aussagen anderer Wissenschaftsdisziplinen, wie beispielsweise der Klimaforschung oder der Meteorologie verlassen. Letztlich ist es Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die Zielwerte festzulegen. Die Ökonomie liefere ihren Beitrag, mit welchen Mitteln diese Ziele effektiv und schnell erreicht werden können.

Der englische Wissenschaftler Arthur C. Pigou hat bereits 1920 den Begriff der externen Effekte in die Volkswirtschaftslehre eingeführt. Von einem externen Effekt spricht man beispielsweise, wenn ein Unternehmen im Produktionsprozess die Umwelt verschmutzt und damit andere Wirtschaftssubjekte schädigt, dafür aber keine Entschädigung zahlen muss. Für Felbermayr ist das Klima ein globales öffentliches Gut, das aktuell von jedem nahezu kostenlos genutzt werden kann, obwohl die Allgemeinheit dadurch geschädigt wird. Marktteilnehmer, die den CO₂-Ausstoß verringern wollen, haben dadurch Kosten, die Konkurrenten auf den internationalen Märkten nicht haben. Dennoch profitieren auch alle anderen von dem klimagerechteren Verhalten. Der Ökonom Pigou hat 1920 zur Lösung dieses Problems die nach ihm benannte Pigou-Steuer erfunden. Sie ist die Mutter aller Lenkungsabgaben, nach denen noch heute die Politik fast täglich sucht. Voraussetzung für eine solche Zusatzsteuer auf die

Verschmutzung der Umwelt ist aber, dass man den Umweltschaden in Geldwerten bemessen kann. Doch dieses ist im Fall des Klimaschutzes nicht möglich. Deshalb kann eine CO₂-Steuer auch immer nur die zweitbeste Wahl sein, erklärte Felbermayr.

Er sprach sich nachdrücklich für eine Mengensteuerung aus. Die Politik müsse festlegen, wie viel CO₂ emittiert werden dürfe. Im besten Fall sinkt dieser Wert von Jahr zu Jahr. Wer jetzt das Klima schädigen wolle, müsse dafür ein Zertifikat erwerben. Durch



den freien Handel dieser Zertifikate ergibt sich ein Marktpreis für jede Tonne ausgestoßenen CO₂. Geht der CO₂-Ausstoß schneller zurück als von der Politik gefordert, sinken die Preise für die Zertifikate. Wird der Zielkorridor nicht eingehalten, steigen die Preise für alle Marktteilnehmer. Auf diese Weise ergibt sich ein einheitlicher Preis für jede Tonne ausgestoßenen CO₂, unabhängig von dem Energieträger. Und es werden von den Unternehmen automatisch die technischen Innovationen umgesetzt, die am schnellsten zur CO₂-Reduktion führen, weil sie die Marktteilnehmer unmittelbar finanziell entlasten.

Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung kam bei Felbermayr schlecht weg: Entgegen aller Versicherungen sei eben kein Zertifikatehandel vereinbart worden, sondern eine faktische CO₂-Besteuerung, die zudem je nach Energieträger und Branche höchst unterschiedlich ausfällt. Damit gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen CO₂-Preisen auf dem Markt. Die technische Entwicklung und das ökonomische Handeln werden dadurch verzerrt. Solche Fehlanreize auf dem Markt führten dazu, dass der CO₂-Ausstoß weder

schnell noch effizient reduziert werde, so Felbermayr. Diese theoretischen Überlegungen werden auch durch die Empirie bestätigt: In den Branchen und Ländern, in denen es einen Emissionshandel in Europa bereits gibt, sind die Emissionen gegenüber 2005 um 43 Prozent zurückgegangen. Dazu zählen vor allem Energiewirtschafts- und Industrieanlagen mit mehr als 20 Megawatt und der nationale Flugverkehr. In den übrigen Bereichen, für die es bislang keinen funktionierenden Emissionsrechtehandel gibt, und in den Ländern, die sich dem System nicht angeschlossen haben, werden die vereinbarten Ziele dagegen nicht erreicht. Auch von einem einheitlichen Preis für den CO₂-Ausstoß sei man in Deutschland noch meilenweit entfernt. Die Besteuerung unterscheidet sich nicht nur zwischen den Bereichen Energieerzeugung, Transport und Heizung, sondern auch innerhalb dieser Bereiche noch zwischen den unterschiedlichen Primärenergieträgern. Eine einheitliche Steuer auf den CO₂-Ausstoß sei politisch noch nicht einmal angestrebt. Die Beschlüsse zum Klimapakets der Bundesregierung änderten weder an der unterschiedlichen Besteuerung etwas, noch verändern sie die bereits heute bestehenden Preise der Primärenergieträger maßgeblich. Dazu Felbermayrs Kritik: „So kommen wir den Klimazielen kein wesentliches Stück näher!“

In der anschließenden Diskussion merkten die anwesenden Bundestags- und Landtagsabgeordneten an, dass man für jede Entscheidung – und sei sie ökonomisch noch so vernünftig – eine politische Mehrheit bekommen müsse. Gegen eine ablehnende Mehrheit könne man keine Politik durchsetzen. Dieser Sichtweise wurde sowohl von Felbermayr als auch von Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, heftig widersprochen: Man müsse von der Politik erwarten, dass sie den Bürgern die unumstößlichen technischen und ökonomischen Fakten erkläre sowie für sinnvolle und effektive Maßnahmen aktiv werbe. „Sie müssen die Bürger davon überzeugen, was zu tun ist, damit wir die gemeinsam vereinbarten Klimaschutzziele auch erreichen können“, forderte Altmann abschließend von den Abgeordneten.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Fotos © Adobe Stock

„Hamburg brennt für Gebühren“

Steuerzahlerbund plädiert für eine Fondslösung mit allen Vereinen

„Auch Hamburg brennt für Gebühren“, titelte die TAZ am 2. Oktober. Unter der Überschrift waren auf einem Bild Bengalische Feuer und in Rauchschwaden gehüllte Fans des FC St. Pauli zu sehen. Auslöser für den Artikel war eine Äußerung von Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) gegenüber Medienvertretern. Demnach stehe die Hansestadt einer Beteiligung der Deutschen Fußball Liga (DFL) an den Mehrkosten polizeilicher Einsätze bei Risikospielen aufgeschlossen gegenüber.



„Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sieht die Welt etwas anders aus“, sagte Grote. Schließlich sei es schwer zu rechtfertigen, „warum wir das nicht machen sollen, wenn man die Begründung des Urteils durchliest.“ Und in der Tat, im März hatte das höchste deutsche Verwaltungsgericht in Leipzig verkündet, dass Polizeigebühren für Hochrisiko-Veranstaltungen im Prinzip rechtmäßig seien. „Wer zum Zwecke der Gewinnerzielung in besonderem Maße ein öffentliches Gut (hier die staatliche Sicherheitsvorsorge) in Anspruch nimmt, darf hierfür grundsätzlich mit einer Gebühr belegt werden“, heißt es im ersten Leitsatz des Urteils.

Im Zentrum des Verfahrens stand ein Passus des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes, wonach von Veranstaltern gewinnorientierter Großveranstaltungen unter bestimmten Umständen eine Gebühr erhoben werden dürfe. Vorausgesetzt würden erfahrungsgemäß zu erwartende Gewalthandlungen im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Veranstaltung, die den Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte vorhersehbar erforderlich machen. Geklagt hatte die DFL, in der sich die Vereine der 1. und 2. Bundesliga zusammengeschlossen haben. Die Stadt Bremen hatte dieser einen Gebührenbescheid über 425.000 Euro zukommen lassen. Anlass war ein mit erheblichen zusätzlichen Kräften geleisteter Polizeieinsatz anlässlich des Nordderbys zwischen dem SV Werder Bremen und dem Hamburger SV am 19. April 2015.

Bereits im März hatte der Bund der Steuerzahler das Urteil des obersten deutschen Verwaltungsgerichts begrüßt und mahnte an, dass nun die Innenministerkonferenz am Zuge sei. Dieser gab er auch gleich einen Lösungsvorschlag mit auf den Weg. Da bei der Kostenbeteiligung an Hochrisikospielen ein Flickenteppich

vermieden werden müsse, schlug der Verband eine unbürokratische Fonds-Lösung vor. In diesen Fonds könnten die Vereine eine pauschale Summe für die Kostenbeteiligung einbringen. Daraus könnten dann die erheblichen Mehrkosten für die Polizeieinsätze bezahlt werden. Ziel müsse es sein, auf bürokratische und unterschiedliche Gebührenbescheide zu verzichten. Sollte eine solche Fondslösung bei den Beteiligten jedoch auf Widerstand stoßen, „so sollte Hamburg ähnlich wie Bremen die gesetzlichen Grundlagen für die Kostenbeteiligung des Fußballs über Gebühren schaffen und Rechnungen an die Deutsche Fußball Liga beziehungsweise die Vereine verschicken“, äußerte Sabine Glawe, haushaltspolitische Sprecherin des Hamburger Steuerzahlerbundes, nun Anfang Oktober erneut gegenüber der Presse. So soll ausgeschlossen werden, dass der HSV und der FC St. Pauli aus ihrer Verantwortung gegenüber dem Hamburger Steuerzahler entlassen werden.

Die Äußerungen von Andy Grote zeigen, dass mittlerweile Bewegung in die Thematik rund um die Kostenbeteiligung gekommen ist. Im Übrigen wissen Grote und Bremens Innensenator Ulrich Mäurer ebenso ihren Amts- und Parteikollegen aus Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, an ihrer Seite. Dieser und Mäurer äußerten Anfang Oktober: „Vorrangig plädieren wir für eine Fonds-Lösung zur Erstattung der Mehrkosten durch die DFL.“ Der Fonds-Vorschlag des Steuerzahlerbundes ist also gut im Rennen!

Zumindest auf Oppositionsseite der Hamburgischen Bürgerschaft regt sich jedoch Widerstand gegen den Plan, die Profivereine zukünftig an Polizeikosten bei Sicherheitsspielen zu beteiligen. So äußerte Dennis Gladiator, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: „Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine der Kernaufgaben des Staates. Die Kosten dafür auf die Vereine abzuwälzen, halte ich deshalb für nicht in Ordnung.“ Und auch Carl Jarchow, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, zeigt sich skeptisch: „Wir bezweifeln, dass die Beteiligung der Vereine an den Polizeikosten einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhalten wird.“ Und Stand heute behält sich die DFL tatsächlich den Gang vor das Bundesverfassungsgericht vor.

Christoph Metzner, metzner@steuerzahler-hamburg.de

Aus der denkmalgeschützten Mühle ein Kulturzentrum zu machen, ist ein Mammutprojekt



Parchim zahlt drauf

Kulturzentrum in alter Mühle hat seinen Preis

Der Theaterstandort Parchim hatte es in den vergangenen Jahren schwer. Nachdem 2014 das Mecklenburgische Landestheater Parchim den Spielbetrieb einstellen musste, weil das alte Gebäude erhebliche bauliche Mängel aufwies, wurde nach einer zukunftsfähigen Lösung gesucht. 2016 fusionierte das Mecklenburgische Landestheater Parchim mit dem Schweriner Staatstheater. Die sanierungsbedürftigen Elde-Mühle in der Parchimer Altstadt soll neue Spielstätte des Jungen Staatstheaters Parchim, der Fritz-Reuter-Bühne werden. Außerdem soll das Stadtmuseum in dem seit 2008 leer stehenden Gebäude untergebracht werden. Am Ende soll aus der Elde-Mühle eine Kulturmühle werden.

In der denkmalgeschützten Mühle wurde bis 2008 noch Getreide gemahlen. Es ist ein Mammutprojekt. Unter anderem entsteht auf dem Platz des ehemaligen Silos ein mehrgeschossiger Anbau, in dem der Theatersaal mit einer Kapazität für bis zu 200 Personen entstehen soll. Der Neubau soll eine Nutzfläche von 1.300 qm haben. Dazu kommen im Bestandsgebäude nochmal 1.400 qm für die Betriebsstätte Parchim der Mecklenburgisches Staatstheater GmbH und 1.900 qm für das Museum der Stadt Parchim. Außerdem soll ein Restaurant einziehen.

Das Spartentheater soll jährlich ca. 250 Veranstaltungen für ca. 30.000 Zuschauer anbieten. Für das Stadtmuseum rechneten die Planer mit 5.000 Besuchern pro Jahr.

Ursprünglich wurde im Jahr 2017 eine Summe von 21 Millionen Euro für das Projekt veranschlagt. Das Finanzministerium M-V hatte für das Theater eine Förderung in Höhe von sieben Millionen Euro zugesagt. Nunmehr stehen Gesamtkosten in Höhe von 34 Millionen Euro im Raum – eine satte Steigerung um knapp 72 Prozent. Das Land hat bereits zugesagt, die Finanzierung des Theaters mit 50 % zu bezuschussen. Trotzdem werden auch die Eigenanteile der Stadt Parchim und des Landkreises Ludwigslust-Parchim deutlich steigen. Der Eigenanteil der Stadt Parchim erhöht sich von 7,8 auf runde 12 Millionen Euro.

Ursprünglich war eine Finanzierung des Parchimer Eigenanteils ohne Fremdfinanzierung vorgesehen. Diese Planung ist angesichts der aktuellen Zahlen nicht mehr haltbar. Die Mittel der Stadt Parchim sind aufgebraucht, es muss ein Darlehen aufgenommen werden. Als Grund für die Kostensteigerung werden – wieder einmal – die explodierenden Baukosten angeführt. Die kulturelle Belebung von Städten macht unser Land noch lebenswerter. Allerdings gilt bei allen Investitionen, dass ein maßvolles Haushalten angezeigt ist. Die öffentliche Hand muss darauf achten, dass die Steuergelder wirtschaftlich und sparsam eingesetzt werden. Kommt es zu einer Kostenexplosion, wie im vorliegenden Fall, muss die Planung überprüft werden.

Diana Behr
info@steuerzahler-mv.de

Save the date – Schweriner Steuerforum

Die wichtigsten Steuerthemen für die Wirtschaft 2019/2020

Veranstaltung:

Schweriner Steuerforum
Die wichtigsten Steuerthemen
für die Wirtschaft 2019/2020

Veranstalter: Bund der Steuerzahler
Mecklenburg-Vorpommern e. V.
und die Industrie und Handelskammer
zu Schwerin

Ort: Industrie- und Handelskammer zu
Schwerin, Raum Mecklenburg

Datum: 11.12.2019, 17.00 - 19.00 Uhr

Wir bitten um Anmeldung per Veranstaltungsdatenbank unter der Veranstaltungsnummer 185129983 unter www.ihkzuschwerin.de.

Information: Bund der Steuerzahler
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Landesgeschäftsführerin Diana Behr,
Telefon 0385 5574290
behr@steuerzahler-mv.de

Neues Büro in zentraler Lage

Auch wir handeln wirtschaftlich und sparsam. Aus Kostengründen haben wir unser Büro verkleinert und Räumlichkeiten in zentraler Lage, gut sichtbar und in der Nähe der politischen Entscheidungsträger angemietet. Von hier aus setzen wir uns weiterhin aktiv für Sie ein.

Unser neues Büro befindet sich:
Am Markt 9 in 19055 Schwerin



**Bund der Steuerzahler
Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Blick durch den Norden



stärkste Fraktion zu übertrumpfen. Mit diesem Anspruch fast zwangsläufig ist die Ankündigung, sie solle den SPD-Bürgermeister der Stadt ablösen. Tatsächlich ist diese Ankündigung so wagemutig nicht angesichts der aktuellen Zahlen.

Es ist eines der Stichworte schlechthin: Bewerbermangel. Selbst in Regionen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit gibt es Berufe, in denen Arbeitgeber händeringend und oft erfolglos neue Mitarbeiter suchen. Die Offenheit allerdings, mit der der bundesweit tätige Zoll derzeit versucht, dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern Beamte aus dem Justizvollzug oder der Polizei abspenstig zu machen, bringt die Landesregierung auf die Palme. Justizministerin Kary Hofmeister sieht gar eine rote Linie überschritten und hat diese dem auf Bundesebene zuständigen Finanzminister Olaf Scholz schriftlich mitgeteilt – in Briefform. Ob der sich allerdings beeindruckt lässt von der Post aus Schwerin, ist eher unwahrscheinlich. Schließlich rüsten Bund und Länder derzeit bei der inneren Sicherheit auf und entsprechend buhlen sie um neue Mitarbeiter. Dabei hat der Bund nun mal die besseren Karten, weil er im Zweifelsfall besser zahlt.

Apropos zahlen: In Hamburg haben die Grünen noch einmal die Zahlen nachgerechnet und die aus ihrer Sicht logische Konsequenz gezogen. Bei der nächsten Bürgerschaftswahl stellen sie mit der Senatorin Fegebank eine Spitzenkandidatin mit dem Anspruch auf, die SPD als

Spannend wird deshalb, wie Rote und Grüne in den nächsten Monaten miteinander umgehen als Koalitionäre, die sie nun mal sind. Ob die Grünen auf dem republikanischen Teppich bleiben und die SPD ihre gewachsene Nervosität erfolgreich unter den Teppich der Verantwortung kehrt, davon hängt eine Menge ab.

Schwerin paradox: Die SPD-CDU-Landesregierung kündigt eine vorzeitige Schließung der gigantischen Sondermülldeponie Ihlenberg an, aber das Echo ist geteilt. Ein Grund: Es war ausgerechnet der Ehemann von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, der in einem Gutachten die Gefährdung der Umwelt propagiert. Die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern ist deshalb gut beraten, den Entscheidungsprozess in den kommenden Monaten transparent zu gestalten.

Es geht schließlich um Beides: Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung und hohe Einnahmen durch die Anlieferer aus ganz Norddeutschland und darüber hinaus. Klar ist: Die Oppositionsparteien im Landtag werden nachbohren und das könnte für die Landesregierung noch peinlich werden.

BdSt intern: Verschwendung

Professor Dr. Doris Weßels ist Professorin für Wirtschaftsinformatik mit dem Schwerpunkt Projektmanagement an der Fachhochschule Kiel. In einem Forschungssemester beschäftigt sie sich mit der Frage, welchen Einfluss die Auswahl der Projektleitungen auf das Scheitern von Projekten hat. Dabei geht es ihr im besonderen um öffentliche Projekte, die finanziell aus dem Ruder laufen, und dem Umgang damit in der Öffentlichkeitsarbeit der verantwortlichen Behörden.

Unser jährlich erscheinendes Schwarzbuch bietet ihr einen großartigen Fundus an Fällen, die gründlich schief gegangen sind. Besonders wertvoll sind für ihre Arbeit auch unsere Schwerpunktthemen zu Beginn des Schwarzbuches, in denen wir uns mit den Gründen für die exorbitanten Kostensteigerungen bei vielen öffentlichen Baumaßnahmen beschäftigt haben.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11 E-Mail: info@nord-kurier.de, www.nord-kurier.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Adolfsallee 22, 65185 Wiesbaden

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Christoph Metzner; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 48. Jahrg., 11/2019

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Schwarzbuch kostenlos



Auf den Seiten 2 und 3 dieser Ausgabe finden Sie alle Fälle aus Norddeutschland im aktuellen Schwarzbuch in einer kurzen Zusammenfassung. Die Gesamtdarstellung von 100 konkreten Fällen von Steuergeldverschwendung aus ganz Deutschland haben wir wieder in unserem aktuellen Schwarzbuch 2019/2020 abgedruckt. Wir zeigen beispielhaft auf, wo der Staat allzu sorglos mit unserem Steuergeld umgeht. Als Fokusthema haben wir uns in diesem Jahr mit der öffentlichen Wohnungspolitik beschäftigt. Übrigens: viele weitere Fälle von Steuergeldverschwendung finden Sie auch auf unserer Rechercheplattform www.schwarzbuch.de. Dort können Sie uns auch Hinweise geben und unsere Arbeit unterstützen. Die gedruckte Fassung des Schwarzbuches können Sie kostenlos anfordern bei ihrem Landesverband. Wir senden Ihnen dann gern ein oder mehrere Exemplare zum Verteilen zu:

Schleswig-Holstein: 04 31/99 01 65-0

Hamburg: 040/33 06 63

Mecklenburg-Vorpommern: 03 85/557 42 90